Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Faden & Comp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 282 | Dresden, Montag den 6. Dezember 1920 | 31. Jahrg.

Unterm fünfzackigen Stern

Zu Berlin trat am Sonnabend der kommunistische Verschmelzungsparteitag, über den wir weiter hinten berichten, zusammen. Unter der Sowjetfahne mit dem fünfzackigen roten Stern versuchen sich die von der U. S. P. abgesplitterten Neukommunisten mit der K. P. D. zu verschmelzen. Das wird ihnen nicht schwer fallen, und die gegensätzlichen Auffassungen, die in der Agrarfrage vorhanden sind, dürften leicht überwunden werden.

Die Berliner Tagung zeigt recht deutlich, warum die Spaltung der U. S. P. vom russischen Sowjetvertreter Sinowjew mit allen Mitteln geschoben wurde. Die K. P. D. war bis dahin ein hoffnungsloses Grüppchen, mit dem die Moskauer Gewaltigen nicht zufrieden sein konnten, denn der Mangel an Mitgliedern hätte zum baldigen Bankrott führen müssen. So mußte denn die bisher fehlende Menge der U. S. P., die in holder Naivität zwei Seelen in ihrer Brust zu vereinen suchte, abgezapft werden. Es ist sehr interessant, daß bei dem Zusammenwurf der beiderseitigen Vermögen die linke U. S. P. sechs Siebentel einbringt, nämlich 430000 organisierte Mitglieder. Die K. P. D. steuert zur halben Million nur 70000 zu. Aber es wird hier schon gehen wie in der berühmten Handelsgesellschaft, wo der eine Sozius sein Vermögen einbringt, der andre seine Erfahrung. Nachher hat der zweite das Vermögen und der erste die Erfahrung! Moskau wird die Sache schon so schieben, daß Levi und Genossen die Aufsicht über die vereinigte Partei behalten, und wenn sie erst einmal die organisierte Mitgliedschaft fest unter sich haben, dann wird man den braven Führern von der U. S. P. bedeuten, daß sie nun überflüssig geworden sind.

Vorerst freilich hat man die ersehnte Masse. Aber die Masse bringt auch eine politische Gefahr. Als Marxisten, die sie doch sein wollen, werden die Kommunisten den Satz kennen, wonach die Quantität in Qualität umschlägt. Das gilt auch von politischen Sekten. Als unbedeutendes verantwortungsloses Häuflein konnte sich die K. P. D. den Luxus jeder wilden Opposition und reinen Verneinungspolitik gestatten. Aber mit der jetzigen Zunahme wird ihr das sehr erschwert, denn in der Demokratie wächst mit der Größe einer Partei ihre Verantwortung.

Wie sich ein größerer Teil der Kommunisten heute zur Beteiligung am Parlament bekehrt hat, so wird er im Laufe der Zeit lernen müssen, alle Mittel des Parlaments, namentlich auch die der positiven Mitarbeit, zur Befreiung der Arbeiterschaft vom Kapitalismus auszunutzen. Das bloße Schwätzen haben jetzt schon manche, die sich noch immer Kommunisten nennen, satt bekommen bis oben hin. Der Delegierte Weber aus der Pfalz sieht dieses System nur von der hyperradikalen Seite her, wenn er erklärt: „Es wird hier zuviel geredet und nicht gehandelt. Das sind hier nur Paradetage." Sehr richtig, Herr Weber. Die Arbeiter wollen Taten sehen — so oder so. Entweder durch Ausnutzung aller parlamentarischen, demokratischen und verfassungsmäßigen Möglichkeiten oder durch die Gewalt. Da auch die Kommunisten auf absehbare Zeit sich von den Gewaltaktionen keinen Erfolg versprechen können, so müssen sie über kurz oder lang zu den bisherigen sozialistischen Kampfgrundsätzen zurückkehren oder die Mitglieder reißen ihnen aus wie Schafleder. Ein Stuttgarter Redner wies empört auf Württemberg und Bayern hin, wo die Sozialisten bürgerlichen Regierungen hätten weichen müssen, die „einen wüsten Feldzug gegen die Arbeiter organisieren".

Dämmert es den Kommunisten, daß die Sozialisten aller Richtungen doch mehr Interessen gemeinsam haben, als das ökonomische Endziel? Wird ihnen an der deutschen Entwicklung allmählich klar, wie wichtig nicht nur unsre Machtausübung im Parlament, sondern auch in den Regierungen ist? Beginnen sie einzusehen, daß die Errungenschaften der Revolution, daß die demokratischen Grundrechte und Freiheiten doch nicht so ohne sind und für die Arbeiterschaft ein erheblich günstigeres Kampffeld schaffen als etwa eine rückwärts revidierte Verfassung? Zeit zu dieser Einsicht würde es!

Wir stehen in Sachsen vor der Frage, ob die sozialistischen Parteien die Regierungsgewalt in die Hände nehmen, oder ob sie den Bürgerlichen überlassen werden soll. An andrer Stelle unsres Blattes wird die Stellung der sächsischen Kommunisten zu dieser Frage ausführlich dargelegt, sie machen die Unterstützung einer sozialdemokratisch-unabhängigen Regierung von Bedingungen und Umständen abhängig. Ihr württembergischer Kamerad würde ihnen an den süddeutschen Beispielen nachweisen können, welche Dummheit die kommunistische Sabotierung einer sächsischen sozialistischen Regierung, welches Verbrechen an der Arbeiterklasse sie bedeuten würde. Mit der durch die Verschmelzung zustande kommenden Vergrößerung der K. P. D. wächst ihre Verantwortung. Entweder die Entwicklung zwingt die Kommunisten mit steigender Mitgliederzunahme immer mehr, jene Politik der Wirklichkeiten zu betreiben, die sie bisher als „Opportunismus" geschmäht haben — oder eine verantwortungslose Politik wird die Kommunisten rasch wieder zu dem kleinen Häuflein herabdrücken, das sie vor der Verschmelzung waren.

Die russische Gloriole der roten Fahne mit dem fünfzackigen Stern tuts allein nicht. Rußland hat selbst für die halbreifen Arbeiterschichten Deutschlands aufgehört, ein nachahmungswertes Beispiel und Vorbild zu sein. Das Volk will Taten sehen, sagte der Pfälzer Weber; in nicht allzu ferner Zeit werden er und mancher seines Schlages von der phrasenreichen, sowjetisch orientierten Wolkenkuckuckspolitik wahrscheinlich angeödet sein bis oben hin!

Auf dem Wege zur sozialistischen Regierung

Die Vertreter der sächsischen Kreisorganisation der Sozialdemokratischen Partei Sachsens haben gestern gemeinsam mit der neuen Landtagsfraktion anderweit über die Regierungsbildung beraten und nach längerer Aussprache beschlossen, die Verhandlungen mit den Unabhängigen auf der Grundlage der vorläufigen Vereinbarungen weiterzuführen. Den Unabhängigen sollen drei Ministerstellen angeboten werden, und zwar das Finanzministerium, das Kultusministerium und das Arbeitsministerium. Zum Ministerpräsidenten würde erneut Genosse Buck vorgeschlagen, der schließlich erklärte, die Aufgabe zu übernehmen, wenn es die Parteigenossen wünschen; gleichzeitig erklärten die übrigen Minister, daß sie sich unter derselben Voraussetzung zur Weiterführung ihrer Aemter zur Verfügung stellten.

Die Verhandlungen mit der U. S. P. werden heute bereits weitergeführt. Bei günstigem Verlauf könnten sie bereits zum Abschluß gebracht werden.

*

Die für die Wahl des Ministerpräsidenten einer sozialistischen Regierung erforderliche Mehrheit scheint gesichert, nachdem sich die Kommunisten bereit erklärt haben, für die Wahl eines sozialistischen Ministerpräsidenten einzutreten. Sie haben die an sie gerichteten Anfragen durch folgendes Schreiben beantwortet:

Einem von dem sozialdemokratischen Bezirkssekretariat für Ostsachsen ausgefertigten Ansuchen der Soziald. Partei Sachsens betreffend Beantwortung zweier an uns gerichteten Fragen nachkommend, lassen wir Ihnen folgenden Bescheid zugehen.

Frage 1: Ist die Kommunistische Partei Sachsens bereit, in eine rein sozialistische Regierung einzutreten?

Antwort: Nein.

Frage 2: Für den Fall der Ablehnung des Eintritts in die Regierung, ist die Kommunistische Partei bereit, für den von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten zu stimmen, um zu verhindern, daß ein bürgerlicher Ministerpräsident gewählt wird?

Antwort: Ja, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Frage 2 sich ebenfalls auf eine rein sozialistische Regierung bezieht.

Nur um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschließen, sei hiermit nochmals betont, daß die Antwort auf Frage 2 uns zu keiner Handlung verpflichtet, die außerhalb wirklich revolutionärer sozialistischer Politik liegt. Unsre Stellung für unser zukünftiges Verhalten ist Ihnen aus den Ausführungen Brandlers bekannt.

Hoffend, daß obenstehende Antwort Ihnen volle Klarheit gibt, zeichnet für die Kommunistische Partei

J. A.: Max Vettermann,
Kommunistische Partei, Industriebezirk Chemnitz im Erzgebirge.

Das Schreiben ergäbe, wenn die kommunistischen Landtagsabgeordneten dazu stehen, Gewißheit darüber, daß die Wahl des Ministerpräsidenten eine sozialistische Mehrheit ergeben wird. Der letzte Absatz enthält zwar eine allgemeine Bemerkung bedenklichster Art, er ist jedoch nicht als Vorbedingung für die kommunistische Haltung bei der Wahl des Ministerpräsidenten aufzufassen. Dagegen eröffnet dieser Satz, namentlich aber der Hinweis auf die Brandlerschen Ausführungen, recht trübe Perspektiven für die praktische Arbeit in der nächsten Zeit. Denn wenn die Brandlerschen Verstiegenheiten maßgebend sein sollen für die Stellungnahme der kommunistischen Landtagsfraktion, dann wäre ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit den Kommunisten kaum möglich. Doch warten wir das ab und begnügen wir uns vorläufig damit, daß die Kommunisten eine sozialistische Regierung möglich machen wollen. Das ist mehr als wir von ihnen erwartet haben.

*

Die Freiheit entnimmt der Roten Fahne die kommunistische Antwort und schreibt dazu:

Aus alledem ergibt sich, daß die kommunistische Fraktion auch nach der bejahenden Beantwortung der zweiten an sie gerichteten Frage keineswegs als eine absolut zuverlässige Stütze einer sozialistischen Regierung angesehen werden kann. Es steht durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die Kommunisten eine Taktik verfolgen, die der Reaktion sehr schnell die Gewalt in die Hand spielt. Es ist möglich, daß wir in Sachsen in kurzer Zeit in andrer Form eine Wiederholung der Vorgänge bei der Bildung des Berliner Magistrats erleben werden. Immerhin dürfte nach der Beantwortung der beiden an die Kommunisten gerichteten Fragen die Bildung einer sozialistischen Regierung fürs erste gesichert sein, falls nicht noch ein Gegenbefehl aus Moskau die Dispositionen der sächsischen Kommunisten über den Haufen wirft.

Vom Vereinigungsparteitag

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. Dezember. In der heutigen dritten Sitzung des kommunistischen Vereinigungsparteitages referierte Koenen über das Organisationsstatut der Partei. Der vorgelegte Entwurf sieht als Parteiinstanzen eine Parteizentrale vor, bestehend aus den Angestellten der Partei, einem Zentralausschuß als Kontrollorgan über die Zentrale, der zusammengesetzt ist aus Delegierten der einzelnen Bezirke und dem Parteitag. Für Ausschlußanträge ist ein Schiedsgericht vorgesehen. Die örtliche Gruppierung der Parteiorganisationen erfolgt nicht nach Provinzen, sondern nach Bezirken, die nach Wirtschaftsgebieten gegliedert sind.

Kommunistischer Verschmelzungsparteitag

Hg. Berlin, 4. Dezember 1920.

In dem mit roten Fahnen geschmückten großen Saal des Lehrervereinshauses trat heute früh der gemeinsame Parteitag der Linksunabhängigen und der Kommunisten zusammen, um gemäß den von der Moskauer Dritten Internationale vorgeschriebenen 21 Bedingungen beide Gruppen zu einer vereinigten kommunistischen Partei als Sektion der Dritten kommunistischen Internationale zu verschmelzen. Ueber dem Vorstandstisch schwebt der fünfzackige rote Sowjetstern in riesigem Format.

Abg. Brass von der U. S. P. D. eröffnet den Parteitag. Er erklärt, daß er mit Stolz darauf hinweisen könne, daß neben den Kommunisten der größte Teil der U. S. P. D., und zwar der bessere Teil, einheitlich auf dem Boden der Moskauer Internationale stehe. Deshalb hätten sich die Vorarbeiten reibungslos vollzogen. Sie werden dem internationalen Proletariat beweisen, daß die sich hier vollziehende Tat dem revolutionären Willen des proletarischen Deutschland entspreche. Es soll hier der Boden zu der Tat vorbereitet werden, um eine einheitliche Kampffront, nicht nur gegenüber dem Kapital, sondern auch gegenüber dem internationalen Reformismus zu bilden. (Lebhafter Beifall.)

Namens der Berlin-brandenburgischen Mitgliedschaft begrüßt Schindler, Berlin, den Parteitag. Er sprach ebenfalls von der Notwendigkeit einer eisernen, geschlossenen Front gegenüber der Bourgeoisie. Der Kampf muß rücksichtslos geführt werden gegen die Ausbeutung. Das Berliner Pflaster ist genug mit Proletarierblut getränkt. Der Ermordung Liebknechts, der Rosa Luxemburgs und vieler andrer werden wir gedenken. Das geloben wir. Wir haben hier in Berlin schwere Kämpfe gegen die antibolschewistische „Freiheit" zu bestehen, die jetzt eine wahre Fundgrube für die antibolschewistische Liga ist. Wir Berliner legen vor dem Parteitag das Gelöbnis ab, daß wir alles tun werden, um die Revolution vorwärts zu treiben. (Stürmischer Beifall.)

Darauf wurden zu Vorsitzenden als Vertreter der beiden Gruppen der Kommunist Pieck und der Unabhängige Brass gewählt. Es wurden dann aus beiden Gruppen eine Organisationskommission und eine Programmkommission eingesetzt. Darauf wurde eine Reihe ausländischer Vertreter aus England, Holland, der Schweiz, von den linken Gruppen der Tschechen und der Deutschen in der Tschecho-Slowakei, Vertreter der ungarischen kommunistischen Partei u. a. begrüßt.

Das Wort zu einer Begrüßung nahm sodann als Vertreter der englischen Kommunistischen Partei Williams, der Sekretär des englischen Transportarbeiterverbandes. Auch wir, so führte er aus, können die wirtschaftlichen Folgen des Krieges nicht ertragen. Auch wir haben eine immer mehr wachsende Masse Arbeitsloser. Bereitet euch vor, zur Aufrichtung eines politischen und wirtschaftlichen Arbeiterregimes, das euch Kohle und die andern Produktionsmittel sichert, und verhütet, daß sie den englischen und französischen Kapitalisten zugute kommen. (Lebh. Beifall.)

Bringolf, Schweiz, hebt gegenüber dem Vorwurf gegen die deutschen Kommunisten, daß sie das Proletariat gespalten hätten, die Verhältnisse in der Schweizer Sozialdemokratie hervor, wo eine so ungeheure Konfusion herrsche, daß die Partei aktionsunfähig sei, da fünf Richtungen bestehen. Das zeige, wie notwendig die Moskauer Bedingungen waren. Der deutsche Parteitag werde für alle andern Länder von großer Bedeutung sein. (Beifall.) Kobacs, Ungarn: Das deutsche Proletariat hat aus den ungarischen Kämpfen die Lehren in seinem Kampf um die Erringung der Diktatur des Proletariats zu ziehen. Es muß daher eine stramme, einheitliche kommunistische Partei bilden, um sich jene Opfer zu ersparen, die das ungarische Proletariat zu bringen gezwungen war. (Zustimmung.) Dolfort, Prag, begrüßt den Parteitag für die Linke der tschechischen Sozialisten, Neurath für die deutschen Kommunisten der Tschecho-Slowakei. Er kündigt an, daß demnächst eine einheitliche kommunistische Partei aller radikalen Sozialisten in der Tschecho-Slowakei gebildet würde. (Lebh. Beifall.) Dann hielt noch ein Vertreter der Kommunistischen Partei Hollands eine Begrüßungsansprache.

Der Vorsitzende Brass teilt mit, daß einige ausländische Genossen die Ausreiseerlaubnis von der französischen Regierung bisher nicht erlangen konnten. (Pfuirufe.) Auch die Vertreter der Linkssozialisten in Schweden konnten wegen Paßschwierigkeiten nicht nach Berlin kommen. Der Vertreter der dänischen Linken teilt mit, daß die deutsche Behörde in Kopenhagen die Einreiseerlaubnis verweigerte. (Pfuirufe.) Weiter wird mitgeteilt, daß der Betriebsrat der Mitteldeutschen Stickstoffwerke in Piesteritz einen Betrag von 2700 M. als Sympathiekundgebung der Kasse der neuen Partei überwiesen habe. (Großer Beifall.)

Darauf trat man in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt lautet:

Das Aktionsprogramm der Vereinigten kommunistischen Partei

Redner dazu sind die Reichstagsabgg. Dr. Paul Levi und [illegible] Däumig.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201206/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG